

# „Der private Konsum darf nicht abgewürgt werden“

Problem Griechenland: Grüne-Abgeordnete appelliert, den Militärhaushalt zu kürzen

Die Bundestagsabgeordnete Viola von Cramon (Grüne) besuchte Anfang der Woche Griechenland. Sie glaubt, dass der Staat sich sanieren kann.

Frau Cramon, ist Griechenland überhaupt noch zu retten?

Ja. Die Mehrzahl der Griechen hat erkannt, dass sie einschneidende Reformen einleiten müssen. Wenn Deutschland und die EU Solidarität signalisieren, die die Märkte beruhigt, ist Griechenland selbstverständlich in der Lage, seinen Haushalt Stück für Stück zu sanieren.

Ministerpräsident Papandreu hat gestern das dritte Sparpaket verkündet, heute ist die Staatsanleihe auf dem Markt – schafft man damit die Wende?

Es kommt darauf an, wie die Anleihe von Finanzmärkten eingeschätzt wird. Ich würde aus wirtschaftspolitischer Perspektive sagen, dass man den Griechen beim Sparen nicht zu wenig, aber auch nicht zu viel abverlangen darf. Der Staat muss handlungsfähig bleiben, und der private Konsum darf nicht komplett abgewürgt werden. An einer heftigen Degression dürfte niemand ein Interesse haben.

Griechenland behauptet, keine direkten EU-Gelder zu brauchen. Stimmt das?

Das haben sie mir auch berichtet. Die Frage ist, wie will der Staat 4,8 Milliarden Euro pro Jahr einsparen. So gibt Griechenland derzeit etwa elf Milliarden Euro pro Jahr für das Militär aus, das entspricht 4,3 Prozent des Bruttoinlandsproduktes. Im EU-Durchschnitt sind das nur 1,3 bis 1,5 Prozent. Dahinter steckt natürlich der alte Konflikt mit der Türkei. Da spielen übrigens die Deutschen eine unschöne

unserem Rüstungsexport gehen 13 Prozent an Griechenland, 15 Prozent an die Türkei – die deutsche Industrie profitiert von dieser Situation. Wir sollten uns eher fragen, wie wir helfen können, diesen Militärhaushalt deutlich zu kürzen.

Haben die Griechen Angst, aus der Euro-Zone zu fliegen?

Ich glaube nicht, dass es zu einem Ausschluss kommt. Dann müssten auch Spanien und Portugal rausfliegen und man hätte nur noch eine Rumpf-Euro-Zone. Auch müsste man

einräumen, dass die ganze Währungsunion ein Fehler gewesen wäre. Alle Entscheidungsträger tun gut daran, Mechanismen zu entwickeln, die ein Auseinanderfallen der Euro-Zone verhindern.

Wie rechtfertigt man, dass man frisierte Zahlen nach Brüssel geschickt hat?

Da war man wohl kreativ. Allerdings war der Mechanismus zur Erhebung der Zahlen nicht korrekt. Dazu muss man sagen, dass die Kontrollfunktionen, die wir als EU hätten wahrnehmen müssen, komplett versagt haben. Offenbar haben ja alle gewusst, dass die Statistiken nicht ganz stimm-

ten. Da kann man nicht jahrelang einfach nur zugucken und nachher behaupten, die Griechen hätten uns betrogen. Außerdem haben sich viele mitschuldig gemacht, wie etwa die US-Bank Goldman Sachs, die bei der Verschleierung der Schulden geholfen haben soll.

Union und FDP empfehlen Griechenland, Staatseigentum zu verkaufen.

Ich glaube nicht, dass wir gut beraten sind, oberlehrerhaft schlaue Tipps zu geben. Die Griechen sind ein sehr stolzes Volk. Wenn so etwas mit erhobenem Zeigefinger aus Deutschland kommt, sagen sie: jetzt erst recht nicht. ink

Neue Presse

5.03.10

Referat

Pressedokumentation